

# **BULLETIN DER BUNDESREGIERUNG**

**Nr. 95-2 vom 22. September 2017**

## **Rede von Bundespräsident Dr. Frank-Walter Steinmeier**

zum 50-jährigen Bestehen der BAG Selbsthilfe von Menschen mit Behinderung und chronischer Erkrankung und ihren Angehörigen e.V.  
am 22. September 2017 in Berlin:

Vor ein paar Wochen bin ich beim Zeitunglesen auf eine kleine Nachricht gestoßen, eher darüber gestolpert. Da hieß es: Das Wort „Barrierefreiheit“ hat es in die neue Ausgabe des Duden geschafft. Natürlich nicht alleine, sondern begleitet von vielen anderen Wörtern, die mehr oder weniger wichtige Entscheidungen oder Entwicklungen widerspiegeln – „Willkommenskultur“ hat zum Beispiel Einzug gehalten in den Duden, „Flexitarier“, „Selfiestick“ und „liken“. Aber ich bin natürlich nicht als Sprachprediger zu Ihnen gekommen, sondern mir fiel nur auf, dass man „Barrierefreiheit“ jetzt auch mit Erlaubnis des Duden ganz offiziell „liken“ darf. Und das ist doch wirklich eine ganz schöne Entwicklung.

Mancher von Ihnen wird jetzt denken: Ja, ganz nett – aber was nützt mir der Duden, wenn mir gleich wieder eine Treppe den Weg versperrt? Oder wenn ich nicht alles lesen kann, was im Internet zum Beispiel über diese Matinee berichtet wird? Der Einwand ist natürlich höchst berechtigt. Trotzdem: Wenn ein Wort, das ein so wichtiges Ziel bezeichnet, in den allgemeinen Sprachgebrauch eingeht, dann ist das doch ein wichtiges Zeichen für den gesellschaftlichen Wandel, der sich in den vergangenen Jahren ganz offenbar zugetragen hat. Es ist ein Wandel, den Sie alle miteinander vorangebracht haben. Und schon darauf dürfen Sie miteinander stolz sein.

Wenn wir heute Mittag in dieser Feierstunde auf ein halbes Jahrhundert zurückblicken, ich glaube, erst dann wird uns bewusst, wie unglaublich viel Sie tatsächlich erreicht haben.

1967, im Gründungsjahr der Bundesarbeitsgemeinschaft (BAG), wurde eine Behinderung in der Bundesrepublik vielfach noch als individuelles Defizit verstanden. Menschen, die mit Beeinträchtigungen lebten, galten als Objekte paternalistischer Fürsorge. Sie lebten oft isoliert von den vermeintlich „Normalen“, abgeschottet hinter Mauern in Heimen und Anstalten. Getrennte Schulen, getrennte Arbeitsstätten trugen ebenfalls dazu bei, dass Menschen mit und ohne Behinderung kaum miteinander wirklich in Kontakt traten.

Im Alltag standen Behinderte vor unzähligen Hürden: Wahllokale und Hörsäle blieben vielen genauso unzugänglich wie Kinos oder Restaurants. Man mag es heute kaum glauben, aber wer im Rollstuhl saß und mit der Bundesbahn fahren wollte, der musste damals im Gepäckwagen reisen.

Auf der anderen Seite steht das Jahr 1967 für einen politischen und gesellschaftlichen Aufbruch, gerade auf dem Feld der Behindertenpolitik. Als die Hippies in Kalifornien den „Summer of Love“ ausriefen und die Studenten in Berlin gegen den Schah protestierten, da tauchte in der Bundesrepublik der Begriff „Werkstatt für Behinderte“ erstmals in einem Gesetz auf. Zwei Jahre später war es Willy Brandt, der behinderte Menschen erstmals in einer Regierungserklärung erwähnte. Und weitere zwei Jahre später, 1971, sprach der Bundespräsident zum ersten Mal Behinderte als Bürger an.

Und in dieser Zeit wuchs auch das Selbstbewusstsein von Menschen mit Behinderung. Sie begannen nun, für sich selbst zu sprechen. Sie machten darauf aufmerksam, dass viele ihrer Schwierigkeiten weniger mit individuellen Beeinträchtigungen zu tun hatten, sondern vor allem das Resultat gesellschaftlicher Bedingungen waren. Sie wehrten sich gegen Bevormundung und Ausgrenzung und brachten das voran, was man aus heutiger Sicht rückblickend den Paradigmenwechsel nennt.

Und dafür steht die BAG Selbsthilfe bis heute: Seit einem halben Jahrhundert setzt sie sich dafür ein, dass Menschen mit Behinderung und chronischer Erkrankung am gesellschaftlichen Leben tatsächlich teilnehmen können, selbstbestimmt und gleichberechtigt.

Diesen Weg und diese 50 Jahre und das, was erreicht ist – das kann man gar nicht genug würdigen. Sie alle hier im Saal sind Pioniere der Inklusion – ein Wort übrigens, das 1967 allenfalls Anhängern der Mengenlehre, die damals in Mode kam, ein Begriff gewesen sein dürfte. Ich jedenfalls bin heute gekommen, um Ihnen allen ganz herzlich zu danken und meinen tiefen Respekt zu zeigen.

Die Selbsthilfebewegung ist ein leuchtendes Beispiel für das bürgerschaftliche Engagement in unserer Demokratie. Von Anfang an verfolgte sie *zwei* Ziele: Sie wollte für den einzelnen Menschen da sein, und sie wollte die Gesellschaft verändern.

Wer mit Mitgliedern spricht, der versteht ganz schnell, was Selbsthilfegruppen für den Einzelnen bedeuten. Hier trifft man auf Menschen mit ähnlichen Beeinträchtigungen, die Verständnis für die eigene Lage haben. Hier kann man Probleme des Alltags gemeinsam lösen und sich über neue Therapieangebote informieren. Selbsthilfegruppen stiften Gemeinschaft und Lebensfreude. Und natürlich tragen sie dazu bei, dass Menschen neuen Mut schöpfen, um wieder am Leben teilzunehmen.

Die Gruppen wirken aber eben auch in die Gesellschaft hinein. Sie sind auch Keimzellen der Demokratie. Hier entstehen Impulse, bestehende Strukturen, die vielleicht verknöchert, verkrustet sind, umzugestalten und für gemeinsame Rechte zu kämpfen. Hier wächst der Wunsch, das Bewusstsein der Öffentlichkeit für die eigenen Anliegen zu schärfen.

Selbsthilfegruppen wirken vor der eigenen Haustür – etwa dann, wenn Mitglieder die Sparkasse beim Umbau beraten, so dass auch Blinde und Rollstuhlfahrer die Geldautomaten nutzen können. Oder wenn Menschen, die an Knochenschwund leiden, in Schulen gehen, um dort über ihre Krankheit und Möglichkeiten der Vorbeugung aufzuklären. An unzähligen Orten in unserem Land tragen sie dazu bei, dass behinderte Menschen nicht nur Zugang zum gesellschaftlichen Leben haben, sondern sich dort auch willkommen fühlen.

Die organisierte Selbsthilfe wirkt aber auch in den Gremien des Gesundheitswesens und den politischen Institutionen. Es ist auch das Verdienst der BAG, dass der Satz

„Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden“ seit 1994 im Grundgesetz steht. Es ist auch Ihr Verdienst, dass im Jahr 2006 die UN-Behindertenrechtskonvention verabschiedet werden konnte. Und es ist gut, dass Sie sich mit Leidenschaft für die Umsetzung der Konvention engagieren und weiterhin dafür einsetzen.

Sie alle hier im Saal sind Demokratiewerker im wahrsten Sinn des Wortes. Sie wissen, wie mühsam der politische Prozess manchmal ist. Wie anstrengend es sein kann, Kompromisse zu erarbeiten, sie zu ertragen und in der eigenen Organisation zu vermitteln. Es geht nicht immer auf geradem Weg voran. Vor allen Dingen nicht so schnell, wie man gerne würde. Aber die Geschichte der Behindertenpolitik beweist: Engagement lohnt sich, und zwar für alle.

Lieber Herr Danner, Sie werden nach mir reden und Sie werden es noch mal umfangreicher ausführen: Die Selbsthilfe war immer auch ein Spiegel der Zeit. Heute spielt die Demenz eine sehr viel größere Rolle in Ihrer Arbeit, als das vor 50 Jahren der Fall war. Es gibt Angebote für Flüchtlinge mit Behinderungen oder Flüchtlinge mit psychischen Traumata. Nicht zuletzt kümmert sich die BAG heute um den Abbau von digitalen Barrieren und klärt über neue technische Hilfsmittel auf. Es ist gut und wichtig, dass Sie sich diesen Herausforderungen stellen und immer nach neuen Möglichkeiten suchen, die Behinderten helfen können.

Die Selbsthilfe wird auch in Zukunft unverzichtbar sein. Deshalb braucht sie vor allen Dingen eines: Junge Menschen, die sich freiwillig engagieren. Ich weiß – nicht nur von der BAG, sondern auch von vielen anderen Vereinigungen –, wie schwierig es ist, Nachfolger zu finden, wenn zum Beispiel die Leiterin einer Selbsthilfegruppe ihr Ehrenamt nach Jahrzehnten aufgeben will oder vielleicht sogar aufgeben muss. Aber es gibt auch Beispiele, die Mut machen. Ich habe von jungen Menschen mit Hörbehinderung gelesen, die sich über soziale Medien austauschen, Blogwerkstätten organisieren und sogar diejenigen in ihrem Verein begeistern, die keine Digital Natives sind. Lassen Sie uns gemeinsam dafür sorgen, dass sich solche Beispiele noch weiter herumsprechen.

Ich möchte noch eine Gruppe erwähnen, deren Leistung viel zu selten im öffentlichen Fokus steht: die Angehörigen von Menschen mit Behinderung und chronischer Erkrankung. Jene, die sich um ihre Partner, Kinder, Eltern oder Großeltern kümmern – und das ganz oft zusätzlich zum Beruf. Für diese Menschen ist es ganz selbstverständlich, Verantwortung zu übernehmen, für andere da zu sein und ihnen ein Leben in Würde zu ermöglichen. Nicht selten gehen sie dabei bis an ihre körperlichen und seelischen Grenzen, manche sogar darüber hinaus. Ich habe allergrößten Respekt vor dem, was Sie leisten. Und ich finde, auch das ist heute einen Beifall wert.

Seit meinem Amtsantritt, der ist ja noch nicht ganz so lange her, haben mich schon viele Zuschriften auch zum Bereich der Behindertenpolitik erreicht. Einige, die mir schreiben, sind verzweifelt, weil sie gegen Widerstände kämpfen müssen oder weil sie kämpfen müssen, um die Unterstützung zu bekommen, die sie brauchen – sei es nun ein Rollator, sei es eine Prothese oder das persönliche Budget.

Eine Frau aus Nordrhein-Westfalen, deren Mann körperlich behindert und zusätzlich an Demenz erkrankt ist, schrieb mir vor wenigen Monaten, kurz nach meiner Rede beim Jahresempfang der Behindertenbeauftragten: „Ich brauche keine schönen Worte auf Papier [...]. Ich brauche die Dinge, die mir das Leben erleichtern.“

Es folgte dann ein Satz, den ich nicht vergessen kann. Die Frau schrieb: „Manchmal habe ich den Eindruck, dass alte und kranke Menschen nur ein Unkostenfaktor in der Gesellschaft sind.“

Ich möchte in einem Land leben, in dem kein Mensch einen solchen Eindruck haben muss. In dem man nicht mehr in Festreden erwähnen muss, dass Behinderte keine Bittsteller sind, die auf Mitleid oder Wohlwollen hoffen müssen. In meiner Amtszeit jedenfalls will ich dazu beitragen, das Bewusstsein für die gesellschaftlichen Barrieren zu schärfen, vor denen Menschen heute immer noch stehen, allen Fortschritten zum Trotz. Ich will dazu beitragen, dass das Thema Inklusion noch mehr Gehör erlangt.

„Es ist normal, verschieden zu sein.“ Diesen Satz hat Bundespräsident Richard von Weizsäcker gesagt, 1993 bei der Eröffnung einer Tagung der BAG in Bonn. Ich zitiere

ihn, weil es ein wichtiger Satz ist. Ein Satz, der geblieben ist und der den Geist unserer Verfassung sehr schön widerspiegelt.

Die Demokratie des Grundgesetzes erkennt an, dass wir verschieden sind. Sie stellt die Würde des Menschen in den Mittelpunkt, die unveräußerliche Würde eines jeden. Weil wir alle mit der gleichen Würde ausgestattet sind, haben wir die gleichen Grundrechte. Aber – und darauf kommt es an – wir haben eben auch den gleichen Anspruch darauf, dass wir sie auch ausüben können, diese Grundrechte – unabhängig von Alter, Geschlecht, Herkunft oder sexueller Orientierung, unabhängig davon, ob jemand eine Behinderung hat oder nicht.

Ich will hier heute in aller Deutlichkeit sagen: Es verträgt sich nicht mit der Demokratie, wenn Menschen ausgeschlossen werden. Es widerspricht unserer Vorstellung von einer offenen Gesellschaft, wenn Menschen im Alltag auf Hürden stoßen, die sie daran hindern, am öffentlichen Leben teilzunehmen. Inklusion, das ist eben nicht nur Behindertenpolitik, das ist gelebte Demokratie!

„Es ist normal, verschieden zu sein.“ Aber es ist in unserem Land noch längst nicht überall normal, dass alle Menschen in ihrer Verschiedenheit dabei sein können, wenn sie das wollen – im Kindergarten und in der Schule, am Arbeitsplatz und im Wohnviertel, im Theater oder auf dem Sportplatz. Es ist noch längst nicht überall normal, dass Behinderung als Teil menschlicher Vielfalt respektiert oder dass Differenz als Bereicherung wirklich wertgeschätzt wird. Unser Miteinander im Alltag wird immer noch behindert von Barrieren in der Umwelt – klar, über die reden wir –, aber mindestens genauso – wenn nicht noch mehr – von Barrieren in den Köpfen.

Inklusion ist heute, 50 Jahre nach Gründung der BAG, immer noch eine große Aufgabe. Sie ist es für die Politik, aber auch für die Gesellschaft als Ganze.

Gerade deshalb ist es wichtig, dass wir noch mehr über gelungene Inklusion nachdenken und öffentlich darüber sprechen. Natürlich gibt es Schwierigkeiten, natürlich gibt es Konflikte. So ist das in Gesellschaften, in denen Verschiedene miteinander leben und leben müssen. Das ist aber kein Grund, alles schlechtzureden und Inklusion da,

wo sie noch nicht geglückt ist, vorschnell für gescheitert zu erklären. Denn an unzähligen Orten in unserem Land gelingt das Miteinander von Menschen mit und ohne Behinderung heute durchaus in glücklicher Weise.

Das habe ich Ostern erlebt bei meinem Besuch in Bielefeld, in Bethel. Viele habe ich kennengelernt, die in ganz normalen Unternehmen in der Umgebung arbeiten. Darunter zum Beispiel auch einen jungen Mann, der in einem Integrationsunternehmen die Erfahrung macht, dass sein Autismus kein Handicap, sondern eine besondere Fähigkeit ist. Eine Fähigkeit, die gerade in diesem Unternehmen ganz besonders gebraucht wurde und gebraucht wird. Und ich habe mit einer selbstbewussten jungen Frau gesprochen, die trotz schwerer Epilepsie mitten in der Gesellschaft lebt, die sich aber selbst dafür entschieden hat, nicht auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt zu arbeiten, sondern in einer Werkstatt für Behinderte, um sich selbst, so hat sie gesagt, nicht zu überfordern.

Diese Beispiele zeigen: Inklusion geht nicht nach dem Muster „one fits all“. Wir können Inklusion nicht standardisieren. Menschen mit Behinderung sind so unterschiedlich wie Menschen ohne Behinderung, sie leben auch so unterschiedlich und legen genauso viel Wert auf ihre Unterschiedlichkeit – und damit eben auch auf ihre unterschiedlichen Bedürfnisse.

Es gibt ein Foto, das mich sehr beeindruckt hat. Es entstand im vergangenen Sommer, zur Zeit der Fußball-Europameisterschaft. Zu sehen sind Fans, die beim Public-Viewing in Düsseldorf die deutsche Nationalelf anfeuern. Erst auf den zweiten Blick wird klar, dass manche von denen gar nicht auf die Leinwand schauen, sondern einem Blindenreporter zuhören. Dass andere auf einem Podest stehen, um überhaupt etwas sehen zu können. Menschen mit und ohne Behinderung konnten sich hier als Fußballfans begegnen. Ich bin sicher: Von solchen Erlebnissen brauchen wir noch sehr viel mehr in unserem Alltag. Sie stärken den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft.

Damit die positiven Beispiele weiter zunehmen, brauchen wir politische Anstrengungen in Bund, Ländern und Gemeinden – ganz unabhängig davon, wer die jeweiligen Wahlen gewinnt. Inklusion ist und bleibt eine der großen politischen Aufgaben, die auch noch Geld kosten, viel Geld kosten. Das sage ich besonders mit Blick auf die

Schulen oder genauer gesagt: Wenn Inklusion das erklärte Ziel der Schulpolitik ist – und das ist es, glaube ich, inzwischen in allen Ländern –, dann muss sie im Schulalltag auch möglich gemacht werden mit geeigneten Räumen, mit barrierefreien Texten, mit gut ausgebildeten Lehrkräften und was sonst noch dazugehört.

Aus meiner Sicht jedenfalls bleibt es dabei, und das ist auch die Erkenntnis der Kultusminister der Länder: Die Schule ist der Schlüssel zu einer inklusiven Gesellschaft. Je mehr junge Menschen mit und ohne Behinderung gemeinsam unterrichtet werden, desto weniger Vorurteile wird es geben, desto eher wird das Miteinander auch tatsächlich gelingen.

Inklusion ist natürlich nicht nur eine politische Aufgabe. Sie ist vor allen Dingen ein gesellschaftlicher Prozess. Ein Prozess, in dem Menschen mit und ohne Behinderung lernen müssen, menschliche Vielfalt anzunehmen und mit ihr umzugehen. Das kann nur gelingen, wenn wir die Begegnung suchen, wenn wir uns einander zuwenden, wenn wir uns aufeinander einlassen. Wenn wir den anderen als Gleichen respektieren und bereit sind, uns für seine Rechte einzusetzen. Inklusion braucht eine Haltung der Offenheit, aber auch eine Haltung der Solidarität.

Eine solche Haltung lässt sich nicht so ohne Weiteres politisch verordnen. Aber die unzähligen Menschen, die sich in der Selbsthilfe engagieren, sie alle tragen mit dazu bei, dass diese Offenheit und diese Haltung der Solidarität tatsächlich wachsen und weiter wachsen kann.

Wenn ich mir heute zum 50. Jubiläum der BAG etwas wünschen dürfte, dann wäre es dies: Bleiben Sie leidenschaftliche Zeitgenossen. Wirken Sie weiter hinein in die demokratische Debatte, erheben Sie Ihre Stimme und mischen Sie sich weiter ein. Sie sind es, die unsere Gesellschaft voranbringen.

Ich wünsche Ihnen und der BAG Selbsthilfe von Herzen alles Gute! Herzlichen Glückwunsch zum Geburtstag!